

Beat Leuthardt

## Die miraculöse Verwandlung der Festung Europa in ein Wiener Kaffeehaus

### Der perfekt eingebundene Altachtundsechziger

Nehmen wir den freundlichen, gut gekleideten Manager westeuropäischer Prägung im Alter von gut fünfzig Jahren. Politisch ist er eigentlich korrekt. Vor zehn Jahren schon war er auf der Seite derer, die sich gegen die damals im Entstehen begriffene Festung Europa vehement gewehrt hatten. Stets war er solidarisch. Und noch heute muss er, mit dem Pariser Nachtzug in die Schweiz einreisend, seinem Ärger Luft machen, wenn sich jeder farbige Fahrgast bei der Grenzkontrolle ausnahmslos aus der Reihe greifen lassen, den Inhalt der Reisetaschen auf dem Zolltisch ausbreiten und ein Stück eigener Würde und Intimität preisgeben muss. Doch am Flughafen von Schiphol oder Frankfurt am Main eilt unser gut gekleideter Manager zu den elektronischen Lesegeräten, legt seinen Finger auf die optische Glasplatte und lässt seine eigens dafür programmierte Chipcard einlesen. Die Elektronik, auf seinen Fingerabdruck programmiert, erkennt ihn binnen weniger als einer Sekunde als einen guten Fahrgast. Im Nu darf er die elektronische Schranke in Richtung Flugzeug passieren. Die übrigen Reisenden haben währenddessen noch in der Schlange anzustehen.

Ebenfalls per elektronischer Zapfsäule wird sich unser Manager künftig bei einem Atlantikflug die Zutrittslaubnis für die in Bezug auf Einreisekontrollen so strengen USA verschaffen. Noch in Europa wird er dank Fingerabdruck und Chipcard auf sozusagen positive Weise erkennungsdienstlich behandelt, also durchgecheckt und für gut befunden. Im Washingtoner Flughafen-Terminal wird er – an den wartenden Menschenschlangen vorbei – entspannt einreisen. Ist sich der 50-Jährige bewusst, wie sehr seine Akzeptanz neuer Kontrollverhalten mit Rassismus und Ausgrenzung zu tun hat? Wäre er nicht eher erstaunt zu erfahren, dass die schnelle Identifizierung per Chipkarte und per Fingerabdruck nicht nur die Mobilität von Flugreisenden steigert, sondern gleichzeitig auch jene von Asylsuchenden Flüchtlingen mindert?

Wie würde er reagieren, wüsste er, dass die Niederlande die Asylsuchenden mittels elektronischer Säulen im öffentlichen Raum dazu zwingen, sich bis zu vier Mal pro Tag zu registrieren, behördliche Anweisungen entgegenzunehmen und sich so unter Kontrolle halten zu lassen? Oder wenn er wüsste, dass Deutschland sämtlichen Asylsuchenden die Fingerabdrücke abnimmt, diese speichert, und dann noch systematisch mit Dateien des großen polizeilichen Fahndungsverbund-Informationssystems Inpol abgleicht? Würde er erkennen, dass erstmals eine gesamte soziale Gruppe – jene der Asylsuchenden – systematischen Kontrollen unterzogen wird? Kontrollen, wie sie sonst einzig bei Ermittlungen im Zusammenhang mit strafrechtlich bedeutsamen Handlungen vorgenommen werden? Würde er erkennen, dass die rasante Entwicklung im Bereich der Online Technik nicht nur seine Mobilität und seinen Komfort steigert, sondern auch die Schwelle des Eingriffs gegenüber so genannten Randgruppen senkt? Ob er sich dessen bewusst ist oder nicht, ist nicht so entscheidend. Selbst wenn er die Konsequenzen nicht zu akzeptieren vermöchte: Er, der Altachtundsechziger, ist heute selber eingebunden in europolizeiliche Strukturen. Im Erste-Welt Verbund wird es für ihn kein Entrinnen mehr geben.

Die Festung Europa als Versinnbildlichung der strukturellen Ausgrenzung und der Umdeutung menschlicher Grundwerte umfasst, wie uns alle, so auch ihn. Das System genügt sich heute selbst und segmentiert die Gesellschaft nach eigenem Belieben. Die Festung Europa hat sich von ihren Schöpfern wie auch ihren Kritikerinnen und Kritikern losgelöst und läuft jetzt wie ein Softwareprogramm selbstständig ab. Diese Festung ist, als das politische Ergebnis einer im zentralen Europa der Schengen-Verträge und von Europol geschaffenen Entwicklung, binnen zwölf Ausbaujahren nun also feingliedrig und umfassend geworden. Sie ist in den geordneten gesellschaftlichen Alltag perfekt integriert. Alles scheint perfekt zu laufen. In der Wahrnehmung jener, die im zentralen Europa mit dabei sind, ist dieses System weit davon entfernt, Menschen verachtende Züge aufzuweisen (Vgl. Österreichisches Helsinki Komitee 1990; Unrast Kollektiv 1992).

## Die positive Kontrolle unseres Alltags

Integriert hat man in unseren Alltag alles an positiver Kontrolle: Die elektronischen Warenhausdetektive, sprich: intelligenten Videokameras, und die Sensorik, die verdeckten Ermittler im Bereich der organisierten Kriminalität, die angeblich überall lauert, die Kreditkartenunternehmen, welche alle unsere Ausgaben ausloten, die Telekom-Unternehmen, die wissen, mit wem wir wie lange Gespräche führen oder Daten austauschen. Dieselben Telekom-Unternehmen, welche ihre Dienstleistungen angeblich neutral anbieten, um dennoch Dunkelhätigen pauschal hohe Kauttionen abzuverlangen, ehe ein Anschluss überhaupt geschaltet wird sowie die elektronischen Navigationshilfen, die dazu führen, dass bloß noch das Auto, aber nicht mehr wir selbst wissen, wo wir sind. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Einer integrierten Kontrolle einer anderen, nämlich indirekten, Art unterstehen wir, wenn wir etwa unseren gewohnten Einkaufsladen mit dem so gut österreichischen Label Spar an Spaniens Ferienküsten finden und gleich nebenan an der Costa del Sol das deutsche Pendant Aldi. Wo Einkaufsverhalten normiert ist, lässt sich der Überblick über das Konsumverhalten und Leben der Massen besser bewahren.

Integriert hat man in unseren Alltag auch so Unangenehmes wie Autobahnkontrollen, welche in Deutschland teils Razzia-artig und in groß angelegtem Stil durchgeführt werden, indem tausend und mehr Fahrzeuge aufs Mal herausgewinkt werden. Die Polizeibediensteten sind mittlerweile sehr freundlich, offensichtlich gut geschult und gebildet, sodass sich alle gut aufgehoben wissen und sich von Gleich zu Gleich behandelt glauben. So machen Autobahnkontrollen beinahe schon Spaß. Abwegig? Wir kennen Ähnliches längst aus Untersuchungen der Stau-Psychologie.

Heute kann man selbst den Job der Herren vom deutschen Bundesgrenzschutz (BGS) – Deutschlands neuer Zivil-Armee – nicht länger aufs Arrogante und Paramilitärische reduzieren. Man kann sich beim BGS gar eine gewisse Souplesse erlauben. Die BGS-Leute agieren mit Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien. Wo will man da noch rassistisches Grundverhalten in ihrer täglich immer mehr ausufernden Kontrolltätigkeit vermuten?

Man möchte sogar glauben, dass die so genannten schwarzen Sheriffs, die seit Anfang der 90er Jahre boomende Billigkonkurrenz zu staatlich ausgebildeten Polizeibediensteten sind, mittlerweile ein Minimum an Umgangsformen erlernt hätten. Und Alltag sind auch schon die Armee-Einsätze gegen Flüchtlinge. Österreichs Jungsoldaten, die Assistenzdienst an der Ostgrenze leisten, sind weniger selbsttötungsgefährdet als in den ersten Einsatzjahren im Burgenland. Ihr Job, neuerdings statt Verteidigungshandlungen für den Staat Österreich Abwehrhandlungen gegenüber einreisewilligen Flüchtlingen vorzunehmen, gilt inzwischen als ordentliche Maßnahme im Rahmen militärischer Ausbildung (Vgl. Ecker et al. 1992). Mittlerweile

machen es ihnen die Armeen der Schweiz – dort heißen die militärischen Antiasyleinheiten bezeichnenderweise Festungswächter – und die Armeen anderer Staaten nach.

Mit anderen Worten: Alle Kontrolle in dieser Festung Europa geschieht heute in einer Selbstverständlichkeit und mit einem Selbstverständnis der Kontrolleure, dass man sich in einem traditionellen Wiener Kaffeehaus wähnt. Denn dort ist es gemütlich, überschaubar, klar abgegrenzt, die Dekoration ist einheitlich, freundlich und hell. Die Stammgäste sind manierlich, und auch die gelegentlichen Besucherinnen und Besucher kommen proper daher. Und hält man sich nicht an die Sitten, die alle kennen, auch wenn sie nirgends deklariert sind, so weist einen der Ober in seiner markanten weißen Schürze, die ihm schon von weitem Autorität verleiht, freundlich, aber bestimmt zurecht. Wer nicht hineinpasst, würde mit Diskretion und Zurückhaltung hinauskomplimentiert. So macht es die Qualität eines Wiener Kaffeehauses letztlich gerade aus, dass der Aufwand, das Lokal zu jeder gemessenen Sekunde clean zu halten, unsichtbar bleibt.

Dem Altachtundsechziger müsste es, sei er nun Wiener, Zürcher, Frankfurter oder Amsterdamer, in diesem Kaffeehaus-Europa pudelwohl sein. Man kann sich fragen: Ist das vielleicht falsch? Ist denn jemand Rassist, nur weil er in einem Wiener Kaffeehaus sitzt? Oder soll man von dieser Person vielleicht verlangen, sich beständig von diesem Kaffeehausstil zu distanzieren, von dem sie umgeben ist? So gesehen ist dieser wärmende Ort ebenso gnadenlos wie ausweglos.

### **Visuelle Gesamtkontrolle macht Rassismus unsichtbar**

Im Prinzip gibt es also in Westeuropas wärmendem Zentrum mehr und mehr Rassismus, der unsichtbar bleibt. In der postmodernen Festung Europa hat alles seinen Platz und Raum. Dies gilt nicht nur für die vereinheitlichten Fußgängerzonen Deutschlands und die U-Bahn-Bahnhofsarchitektur Wiens oder Barcelonas, sondern auch für die Menschen, die sich in Westeuropa bewegen sollen. Ihr Platz ist ihnen individuell zugewiesen und scheint immer genauer vorbestimmt, ihr Raum nach europäischen Mindestnormen abgezirkelt. Der entscheidende Schritt damals, 1992, die Öffnung der Binnengrenzen, ließ die standardisierte Kontrolle der Schlagbäume an den Grenzen, die wenigstens auf dem Papier frei von rassistischen Anklängen war, wegfallen.

Seither ist der Weg frei für ständige Personenkontrollen, anlassbezogen oder auch nicht, die überall möglich und erlaubt sind, außer eben an den Grenzen. Die dadurch wichtig gewordene visuelle Gesamtkontrolle, die dieser Art von Personenkontrollen zu Grunde gelegt wird, besteht darin, dass man von einem Kontrolleur von Kopf bis Fuß gemessen wird, der dann entscheidet, ob man einer intensiven Personenkontrolle unterzogen werden soll. Diese visuelle Gesamtkontrolle ist es letztlich, die die Auswahl nach rassistischen Kriterien ermöglicht.

Das daraus entstehende verfeinerte Kontrollsystem zeigt sich uns heute überall, in den Zentren wie draußen in den Dörfern. Jemand mit dem Aussehen von Bankers bewegt sich im Sinne dieser visuellen Gesamtkontrolle wohl am unauffälligsten im Bahnhofs- und Bankenviertel von Frankfurt am Main, und Deutsche im Ruhestand erscheinen wohl am unverdächtigsten auf Mallorca.

Andernfalls würde das Kontrollbedürfnis der uniformierten Polizei und von Polizei-Spezialeinheiten gegenüber den Bankangestellten oder den Rentnerinnen und Rentnern ansteigen.

Theoretisch wäre es einfach, geografische Karten zu zeichnen, welche genaue Auskunft über den Auffälligkeitsquotient und damit die Ausgrenzungsraten jedes Menschen und jeder Zone

geben würden. Bei den geografischen Informationssystemen und jenen der Direktwerbungsinstitute sind solche Sicherheits- und Güte-Raster ohnehin längst aufgebaut und in Anwendung.

Das Überwachungs- und Ausgrenzungssystem ist in einem Ausmaß abgestuft und verfeinert, dass es sehr durchlässig wirkt. Ein kleiner Vergleich der Situation in der Frankfurter Drogenszene der 80er und 90er Jahre belegt dies. Stets machten die Bankers wegen der Junkies, die in Hausnischen der Nebensträsschen hinter dem Frankfurter Bahnhof offensichtlich elend herumhingen, ängstlich oder angewidert Umwege, wenn sie für ihren kleinen Mittagsimbiss auf einen Sprung ihr Banken-Hochhaus verließen. Heute ist das anders: Die Bankers gehen hautnah, furchtlos und gar freundlich lächelnd an den Junkies vorbei und lassen ab und zu gar eine Mark springen. Das Elend schreckt nicht mehr ab, man überblickt es, ohne es zu übersehen, und man integriert es in den eigenen Banker-Alltag. Beinahe lässt sich schon von einer neuen Form, einer Art von negativer sozialer Kontrolle sprechen, die dadurch ausgeübt wird, dass sie eben nicht unmittelbar sichtbar ausgeübt wird. Die repressive polizeiliche Kontrolle stülpt sich dann über das Ganze. So kann Polizeipräsenz abgebaut und Überwachung privatisiert werden: eine Ausgrenzung nach Maß.

Die Festung Europa, smooth functioning, hat es geschafft, das zu integrieren, was sie für bedrohlich hält. In Wirklichkeit könnten die Entwürdigung und die Ausgrenzung nicht größer sein. Personen, deren Elend in der Gesellschaft so radikal unberücksichtigt bleibt, dass Banker keine Haken mehr schlagen, wenn dieses Elend an ihrem Weg liegt, haben die eigene Würde endgültig preisgeben müssen. Sie sind Teil des Interieurs dieses Europas geworden, Teil der Möblierung jenes Straßenzugs, deren Häusernischen den Schutz spenden sollen. Mit anderen Worten: Er oder sie ist verdinglicht worden. Gegenüber Ausländerinnen und Ausländern, die sie für ihre Prosperität brauchte, hat die Schweiz in gewisser Hinsicht solche soziale Ausgrenzungsmuster weit früher als etwa Österreich eingeübt. Dem haftet, wie etwa die Schweizer AusländerInnenbewegung anmerkte, ebenfalls etwas Rassistisches an.

Ein Beispiel dafür, dass die Entwürdigung und Ausgrenzung nicht größer sein könnte, liefert das Abschiebegefängnis im Flughafen der Schweizer Banken- und Gnomen-Stadt, in Zürich-Kloten. Dort haben die Behörden entschieden, dass für Menschen, die als unerwünschte Ausländer inhaftiert werden, die Mindestnormen, wie sie von der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg für Gefängniszellen festgesetzt wurden, nicht zu gelten haben, sondern unterschritten werden dürfen. Denn schließlich handle es sich ja nicht um Straftäter, schließlich sei mit der Inhaftierung der Pakistanis, Somalis und Algerier keinerlei Unrechtsvorwurf verbunden; es sei lediglich eine administrative Maßnahme, hieß die Begründung seitens der Kantonalen Justizdirektion.

## **Das westeuropäische Star-Trek-Prinzip**

Mit Hilfe von Sensoren kennen die Bordcomputer in der intelligenten TV-Serie Star Trek jederzeit die Antwort auf die Frage der Besatzungsscrew, wo sich gerade humanoides Leben an Bord zeige. So weit sind wir insofern auch in der realen Welt bereits, da wir Fahrzeuge, die via GPS-Satelliten-technik mit Zentralrechnern verbunden sind, auf wenige Meter genau lokalisieren können, und damit natürlich auch die Menschen, die sich darin befinden.

An den Außengrenzen erfreuen sich jene Spezialgeräte beim Grenzpersonal größter Beliebtheit, welche von außerhalb eines TIR/VAN-LKW's oder eines PKW-Kofferraums menschliches Leben nachweisen können. Leben, das sich innerhalb des plombierten Laderaumes zeigt. Natürlich geht es ihnen um heimlich einreisende Flüchtlinge.

Trotz moderner Online-Technik bleiben solche Aufgriffsmethoden aus Sicht der EU-Staaten unerwünschte Notbehelfe. Die Fernhaltung unerwünschter Personen soll besser schon in der Herkunftsregion geschehen, pflegeleicht und ohne Brachialgewalt vor sich gehen und von Dauer sein. Würde dies gelingen, hätte man sich des Vorwurfs des Rassismus gegenüber Menschen aus Drittstaaten wohl definitiv entledigt. Die fernzuhaltende Person würde sich weder im Wiener Kaffeehaus noch auf dem Vorplatz oder in dessen Umgebung zeigen.

Dazu genügt es längst nicht mehr, als einziges probates Mittel den Visumszwang gegenüber beinahe allen Staaten der Welt zu verhängen, wie das unter dem Schengen-Regime angestrebt wird. Das Nicht-Schengenmitglied Schweiz ist dazu übergegangen, dem Botschaftspersonal die Kompetenz zu nehmen, vor Ort über Visumsgesuche zu entscheiden. Per neuem Online-System haben Gesandtschaften in Drittstaaten, die mit der Schweizer Zentralstelle in Bern vernetzt sind, nunmehr jeden Visumsantrag nach Bern zu übermitteln und von dort das Entscheid-Visum ja oder nein ebenfalls online in Empfang zu nehmen und den Antragstellenden zu übermitteln. Hintergrund dieses Technikschubs dürfte sein, dass sich gewisse Gesandtschaften vor Ort nach Meinung in Bern nicht an deren Weisung gehalten haben, Visa nur äußerst restriktiv zu erteilen. Wer das Elend sozu-sagen täglich vor seiner Botschaftstüre sehen kann, gelangt wohl eher zur Gutheißung eines Visumantrages als Beamte in der fernen Schweiz. Das Online-Visumsystem stellt den perfekten Vorwand dar, die Kompetenzen zur Visumerteilung auszulagern und die soziale Kompetenz der Konsularbediensteten vor Ort wirksam zu beschneiden.

Dank der rasanten Fortschritte bei Glasfaserkabeln und Telekommunikation werden Visumanträge nun binnen Sekunden nach Bern übermittelt. Dort werden sie, fernab von Bürgerkriegen und ohne emotionale Nähe zur Person, die sich beispielsweise eine Familienzusammenführung wünscht, entschieden. Online werden sie binnen ebenso kurzer Zeit zurückgesandt. So bleibt die Ablehnung eines Einreisewunsches auf das Wesentliche beschränkt – nämlich auf den ökonomischen Nutzen für das reiche Alpenland selbst. Die Wartezeit vor Ort ist kurz, Erklärungsbedarf braucht nicht länger befriedigt zu werden. Da kann der positive Dienstleistungscharakter für den Bürger und die Bürgerin publizistisch voll hervorgehoben werden.

Drittens bedarf es zur virtuellen Fernhaltung unerwünschter Personen im westlichen Kemeuropa schließlich der Einsicht der privilegierten Westeuropäerinnen und Westeuropäer selbst, dass die Einreise von Drittstaatlerinnen und Drittstaatlern grundsätzlich keine Bereicherung für das eigene Land darstelle, sondern der eigenen Kohärenz schade. Der Aldi und der Spar in Spanien dienen hierzu, noch besser aber der PC-Bildschirm made in Malaysia oder der Lammwollpullover made in Turkey.

“Warum brauchen unterdrückte oder bloß miserabel bezahlte kurdische LederarbeiterInnen nach Westeuropa zu gelangen? Die sind ja bloß arm, und das können sie ebensogut auch zu Hause sein.”<sup>1</sup> Statt multikulturell nicht nur multikulinarisch, sondern auch multikonsumistisch: So könnte jene Parole ergänzt werden, welche die Kritik an plakativem linksliberalem Antirassismus seit langem wiedergibt. Möglicherweise kommen auf Grund dieser geistig-technischen Umschichtung immer weniger Menschen aus der übrigen Welt Richtung Kerneuropa.

---

<sup>1</sup> In Anlehnung an eine Aussage in der unvergleichlichen Analyse von Dettel Krauss, Professor an der Humboldt-Universität in Berlin, anlässlich seines Referats beim Schweizer Komitee „Schluss mit dem Schnüffelstaat“ am 20. Juni 1992.

Doch wer schon da ist, bildet aus der Sicht der Behörden ein ständiges Problem. Die Anwesenheit Unerwünschter wird immer stärker als Systempanne verstanden. Die juristische Ablehnung im asyl-oder ausländerrechtlichen Verfahren ist längst perfektioniert, von Madrid bis nach Vilnius (Litauen) leisten willige Juristinnen und Juristen mittlerweile ganze Arbeit und schonen dadurch nicht zuletzt die Not leidenden Arbeitslosenkassen, die Budgets der FPÖ, der Republikaner, der Schweizer Demokraten und anderer fremdenfeindlicher Parteien.

Jetzt geht es darum, jede einzelne Person physisch dorthin zurückzuführen, wo ihr ein Platz zugewiesen wird. Diese weltweite individuelle Zuteilung ist zu einem eigenen Business geworden, und wir erkennen dankbar, dass sich auch Linguistinnen und Linguisten sowie Ethnologinnen und Ethnologen in den Dienst dieses neuen Zweigs wissenschaftlicher Ausgrenzung stellen. So machen ethnolinguistische Fachleute im Auftrag eines der vier Staaten Schweden, Schweiz, Niederlande und Deutschland Sprachtests mit Asylsuchenden. Sie prüfen dabei deren Wissensstand über das von ihnen geltend gemachte Herkunftsland und prüfen deren Wortschatz und Intonation. Für jede dieser juristisch abschiebbaren ausländischen Personen wird auf diese Weise der passende Herkunftsstaat ausgelotet. Dies ist immer dann möglich, wenn jemand keine Identitätspapiere vorweisen kann oder will und die Botschaft des mutmaßlichen Heimatstaates erklärt, die Person stamme nicht aus ihrem Land. Dadurch wird verhindert, dass sich die unerwünschte Person auf Dauer selbst zum Faustpfand macht.

Auf Grund solcher wissenschaftlicher Analysen und Auswahlverfahren soll sich laut den zuständigen Bundesämtern in vielen Fällen die Herkunftsregion der unerwünschten Person ausmachen lassen, etwa der albanische Sprachraum. Kann zudem ethnolinguistisch nachgewiesen werden, dass die betreffende Person eine falsche Heimat angegeben hat, etwa das Kosovo statt Albanien, dessen Landsleute in Westeuropa geringere Anerkennungschancen besitzen, dann ist der Weg zur Zwangs-Abschiebung frei.

Solche geografische Zuschreibung wird sich gegenüber den aus westlicher Sicht störrischen Herkunftsländern umso besser durchsetzen, wenn ihr Kooperationswille an die künftige Ausschüttung westlicher so genannter Entwicklungsgelder geknüpft wird. Dieses neue Prinzip: "Gibst du mir, so geb' ich dir" bedeutet den Bruch eines seit jeher wenigstens auf dem Papier hochgehaltenen Tabus im heiklen Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungsgelder, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, sollen jetzt nicht mehr einzig an entwicklungspolitische Grundsätze, sondern zusätzlich an sachfremde asyl- und migrationspolitische Auflagen geknüpft werden.

Der ausgrenzende – andere sagen rassistische – Charakter dieses Prinzipienbruchs macht eines klar: Freihaltung und Freimachung westeuropäischer Staaten von unerwünschten Drittpersonen wird mit allem technischen Know-how und allen Mitteln globaler Wirtschaftsdiplomatie durchgesetzt. Und Westeuropa wird auch künftig nicht locker lassen. Unter Berufung auf Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit wird sozusagen jedem Individuum innerhalb der gesellschaftlichen Rangordnung ein fester Platz zugewiesen, der zusätzlich auch im geografischen Raum verdeutlicht wird. Auf diese Weise passen jene definitiv nicht mehr in die privilegierte europäische Zone, die von irgendwo in der Welt außerhalb der europäischen Union stammen und nicht genau festgelegte Kriterien zur Durchbrechung der hermetischen Absicherung dieser EU sofort nachvollziehbar erfüllen. Die von der deutschen Dachorganisation Pro Asyl heftig kritisierte Planung von eigens zur Abschiebung gebuchten Charterflügen in Herkunftsregionen bilden dabei erst den Anfang. Die etwas spezielle Ästhetik der Entrées Strapazieren wir nochmals die Wiener-Kaffeehaus-Metapher. Überraschend im Vergleich zur Behaglichkeit im Inneren, zeigt sich der Zutrittsbereich auf der Straße eher schlicht und karg.

Vielfach fehlen selbst die überall üblichen europaeinheitlichen winterharten Zierpflanzen. Man fühlt sich an die Hinterhöfe im Osten Westeuropas erinnert: das Burgenland als Hinterhof von Wien, das Oder-Gebiet hinter Berlin, der Kreis Zittau, vielleicht auch die Steiermark. Cordons sanitaires, die sich zu beiden Seiten der Außengrenzen ausbreiten, schaffen einen erstaunlich ruhig wirkenden Rahmen für Personenkontrollen, die mehr und mehr subkutan ablaufen. Selbst an den offiziellen Grenzübergängen ist die Gewalt gegen die Einreisewilligen zumeist wenig sichtbar. Anders verhält es sich bloß in Frankfurt an der Oder, wo der Brückenbogen über dem Fluss die Demütigungen sichtbar macht, welchen die Polinnen und Polen ausgesetzt sind, wenn sie in die Warteschlange eingereiht sind, um beim deutschen Nachbar einzukaufen.

Sichtbarer Rassismus lässt sich heute vor allem an den virtuellen Außengrenzen registrieren, also an den Flughäfen, sowie in allen übrigen Formen von Sonderregimes, sei es in der Abschiebehaftanstalt oder auf der Ausländerbehörde. Da geschehen ins Auge springende Hässlichkeiten wie die Knebelung nicht Abschiebewilliger (z.B. Frankfurt Flughafen) oder der Zwang, Brechmittel einzunehmen (etwa in Bremen).

Subtilere Formen rassistisch motivierter Ausgrenzung greifen heute um sich, wo es um neue Formen der Verbrechensfahndung und um Einzeldelikte geht: das ermittlungstechnische Massenscreening. Man denke an die Gen-Razzien in Köln auf Roma-Frauen und in Basel auf 8 Nordafrikaner. Gleich einer Razzia wurde in beiden Fällen einer Vielzahl von Personen der genetische Fingerabdruck abgenommen und analysiert. In Köln traf es sämtliche Insassinnen eines Asylheimes, ausschließlich Roma; Anlass oder Vorwand war, jene Mutter zu suchen, die ihr Kleinkind in der Nähe dieses Asylheimes offenbar ausgesetzt hatte. In Basel traf es mehrere hundert Männer aus dem Maghreb; ein unscharfes Signalement über einen angeblich mehrfachen Vergewaltiger hatte die Männer pauschal zu Verdächtigen abgestempelt. Obwohl Rassismus in solchen Fällen offen zu Tage tritt, wird er kaum mehr als solcher deklariert und wahrgenommen. Das neue Europa will ja gerade nicht rassistisch sein. Also darf es höchstens sichtbar gewordene Pannen kennen. Der computergewohnte Altachtundsechziger, von dem eingangs die Rede war, hat keine Probleme mehr mit solch verschobener Realität. Er ist bestens auf euphemistische Aussagen konditioniert.

## **Die Unverfälschtheit der Menschen an den Außengrenzen**

Betrachtet man zusammenfassend die gesamten Entwicklungen der vergangenen Jahre, von der sichtbaren Ausgrenzung bis hin zu umfassenden Varianten von überwiegend unsichtbarem institutionellem Rassismus, so gelangt man zu der Feststellung: Das System Kerneuropas ist gnadenlos und letztlich perfekt. Es leistet sich auch seine Kritikerinnen und Kritiker und macht sie zu einem notwendigen Bestandteil von sich selbst. Deswegen dürfen wir weiterhin wissenschaftlich oder journalistisch tätig sein, dürfen, im Rahmen juristisch-politischer Unterstützung, Klage erheben und, ab und zu, eine Ausgrenzungshandlung gerichtlich erfolgreich als solche denunzieren. Wir haben dabei gelernt, unsere Wortwahl und unser Verhalten den geänderten Verhältnissen anzugleichen. Dies im Bewusstsein, dass noch die heftigste Gegenwehr, der ärgste Oppositionsgeist die Festung Europa und ihre Zugbrückenwärterinnen und Zugbrückenwärter notwendigerweise mit zusätzlicher Energie versorgt, ja ihre Legitimation letztlich erst eigentlich begründet.

Was hier für dieses zentrale Europa gilt, gilt nicht ohne weiteres für dessen Außenränder. Dort, an der Blauen Grenze, die Spanien von Marokko und Italien von Albanien, Griechenland oder Tunesien trennt, zeigen sich Mensch und Natur vielfach noch unverfälscht und politisch korrekt. Gleiches gilt für die Grüne Grenze, die Deutschland von den so genannten Beitrittsstaaten Polen und der Tschechischen Republik trennt oder auch Österreich von Ungarn und der Slowakei. Und noch verstärkt gilt dies für die Braugelbe Grenze Europas, dort in der

beginnenden Steppe, wo der mutmaßliche künftige EU-Staat Litauen an die Diktatur Weißrussland grenzt. Einiges klingt da schrill und unverständlich, im Vergleich zur häufig konfektionierten Rassismus-/Antirassismusdebatte, die sich, angesichts des schwierigen und vereinnahmenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umfelds, schwer tut.

So finden sich, ganz im Süden Europas, dort, wo der Atlantik das Mittelmeer unterschichtet, Hilfeleistungen an Muslims und die Furcht vor denselben ganz nahe nebeneinander, zuweilen gar am selben Ort. Es ist schwierig einzuordnen, weshalb engagierte Bürgerinnen und Bürger dort eine Invasion und den Untergang Europas beschwören, aber zugleich wertvollste Unterstützungs- und Aufbauarbeit zugunsten von Flüchtlingen und Einwandernden leisten – und dies über Jahre hinweg. Tatsache aber bleibt, dass solche spanischen Bürgerinnen und Bürger, selbst wenn sie im Maghreb geboren sind und dort Verwandte und Bekannte kennen, doch nur noch selten auf den anderen Kontinent wechseln, der nicht weiter von Europa entfernt ist als die beiden einander gegenüberliegenden Bodensee-Städte Friedrichshafen und Romanshorn; dabei bleiben sie gegenüber ihren Nachbarn immer skeptisch.

Nicht ganz so drastisch, aber doch ähnlich zeigt sich die politische Unkorrektheit der Bewohnerinnen und Bewohner im Osten Europas, an der neuen Außengrenze Litauens zu Weißrussland. Da ist niemand, der oder die dort nicht die nationalen Grenzen bewahren und schützen wollte, niemand, der oder die die Courage besäße, den Aufgriffen so genannter Illegaler – ein Wort, das in der litauischen Sprache bezeichnenderweise gar nicht existiert – das Wort zu reden. Alle in Litauen sind, ob des befürchteten Ansturms aus dem Osten beunruhigt und möchten ihr ähnliches Häuschen ohne genügende Heizung, ihren Garten, ja, ihre Eigenart und "Rasse", wie sie sagen, schützen.

Man mag diese Leute an den Peripherien schlicht als nicht auf der Höhe der politischen Debatte betrachten, man kann sie als fehlgeleitet disqualifizieren, man kann sie gar als Rassisten und Rassisten bezeichnen. Es fehlen die Begrifflichkeiten, um diesen Menschen gerecht zu werden. Dies erhöht den Abnutzungsgrad von Begriffen wie Rassismus zusätzlich. Die Leute an den Außenrändern sind auf überzeugende Weise nicht politisch korrekt, und es ist ihnen auf radikale Art egal, wenn wir ob ihrer deftig klingenden Worte erleichen.

Brechen wir den Stab über sie, dann müssen wir auch bedenken, dass es wohl nirgends in ganz Europa derart viel Hilfsbereitschaft gegenüber Illegalen gibt wie ganz im Osten und ganz im Süden. Es stimmt, auch in Kerneuropa exponieren sich noch immer viele Leute für die Anliegen Verfolgter, Entwurzelter und Migrierender, und niemand soll besser oder schlechter dastehen als andere. Dennoch finden sich wohl nirgends so viele Menschen, die den ausdrücklichen Willen der Grenzorgane ignorieren und dabei Gesetze übertreten, um in karitativer Weise jenen zu helfen, die an ihre Tür klopfen, wie an den Außenrändern Europas.

Vielleicht sind also gar nicht so sehr die Menschen an den Außenrändern Europas das Problem – mit ihrem Pragmatismus, dem Antiislamismus oder dem Rassismus. Vielleicht ist es schlicht der Verlauf der fortschrittlichen und politisch (verbal) korrekten Debatte im zentralen Europa. Womöglich gehen dort an der Peripherie, wo wenig zentraler europäischer Einfluss auszumachen ist, Rassismus und Antirassismus nahtlos ineinander über? Vielleicht müssen fein ziselierter Antirassismus in den Zentren und grob getüllter Antirassismus an den Außenrändern bloß gut aufeinander abgestimmt werden. Wäre es so, man könnte stolz auf Europas Eigenheiten und Vielfalt hinweisen und zur antirassistischen Tagesordnung übergehen.

Vielleicht sollte man sich daher besser fragen, wie weit Antirassismus dem folgt, was heute jede Politik und alle News-Programme dominiert: dem Geld. Dort an den Außenrändern gibt es viel weniger davon als hier in den Zentren: Andalusien ist arm, Litauen ebenfalls und auch halb Polen, und zur Ukraine fällt einem schon gar kein passender Begriff mehr ein. Weil es dort weniger Geld gibt, darf sich Antirassismus vielleicht auch anders zeigen als hier. Vielleicht spiegelt er sich gerade auch im Lichtschein des Rassismus selbst.

Eine Frage, die ich mir stelle: Könnte es nicht zudem gar sein, dass die Kontrollen, die hüben wie drüben zunehmend onlinetechnik-gestützt und subtil rassistisch sind, dort an den Außengrenzen und im außengrenznahen Hinterland tatsächlich sanfter ausgeübt werden als hierzulande? Sind vielleicht die Angehörigen der südeuropäischen spanischen guardia civil, der osteuropäischen ungarischen határrendő oder der nordeuropäischen litauischen pasieno policijos wider allen bisherigen Annahmen weniger strukturrassistische, weil noch stärker von Mitmenschlichkeit geprägte, Grenz-polizeien?

Es würde unter anderem erklären, warum die im Rahmen des Schengen-Komplexes zusammengestellten Besuchsteams an den Außengrenzen auch in ihren neueren Berichten eher Unzufriedenheit markieren mit dem, was ihre gestrengen Augen an der Blauen Grenze, an der Meerenge von Gibraltar also, gesehen haben, wo sie, trotz an sich befriedigender Erhöhung der Zahl der Grenzschutzorgane, eine mangelnde Kontrolleffizienz feststellen mussten. Könnte dies nicht ein Lob sein in dem Sinne, dass an den Außengrenzen die verlangte Menschenjagd nicht so stattfindet, wie man sich dies in Brüssel, Bonn, Paris und Stockholm wünscht?

## Literatur

Ecker, Gerold, Kemmerling et al. (Hgg.) 1992: Achtung Staatsgrenze. Zeitbombe Migration. Europas Krieg gegen die Armen, Wien: Verlag Initiative "Österreich ohne Heer", Verein zur Förderung friedenspolitischer Alternativen.

International Helsinki Federation for Human Rights/Österreichisches Helsinki-Komitee (Hg.) 1990: Asylland Österreich: Zutritt verboten? Wien.

Unrast Kollektiv (Hg.) 1992: Europa 1993: der große Zauber. Münster: Unrast Verlag.

Zu diesem Thema veröffentlichte Beat Leuthardt u.a. seine Bücher "An den Rändern Europas" (Rotpunktverlag, Zürich, 1999, DEM 38, ATS 277, CHF 36), "Leben online" (Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1996, vergriffen) und "Festung Europa" (Rotpunktverlag, Zürich, 1994, DEM 46, ATS 360, CHF 43) sowie mit der Schweizer Fotografin Jutta Vogel zusammen den Bildband "Europas neuer Pförtner" (von Loeper Verlag, Karlsruhe und Frankfurt am Main, 1997, DEM 19.80, ATS 144, CHF 19). Bezug der Bücher und Kontakte über Büro EuroGrenzen, Postfach 2260, D-79557 Weil am Rhein, Fax 0041 61 263 000 6, email: [leu@eurogrenzen.de](mailto:leu@eurogrenzen.de). Weitere Infos unter [www.eurogrenzen.de](http://www.eurogrenzen.de).